

## **Protokoll über die öffentliche Sitzung**

**des Gremiums: Beirat Blumenthal**

**am: 14.07.2014**

**Ort: Aula des Schulzentrums Eggestedter Straße, Eggestedter Str. 20,  
28779 Bremen**

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.35 Uhr

### **Sitzungsteilnehmer:**

**Ortsamtsleiter:** Peter Nowack (Vorsitz)

**Verwaltungsbeamter:** Malte Wolpmann (Protokoll)

### **Beiratsmitglieder:**

**Heiner Böcker**

**Nils Christahl**

**Peter Geis**

**Dennis Klingenberg**

**Grete Klinkmüller**

**Gabriele Kröger-Schurr**

**Anke Krohne**

**Karen Nieschlag**

**Andreas Pfaff**

**Alex Schupp**

**Eike Schurr**

**Ralf Schwarz**

**Helma Stitz**

**Hans-Gerd Thormeier**

**Gisela Zimmermann**

### **Es fehlten:**

**Sascha Humpe**, unentschuldigt

### **Gäste**

**Michael Rode**, Angebotsplaner der BSAG

**Carola Schultz**, Quartiersmanagerin in Blumenthal

**Ronald Meins**, Verkehrssachbearbeiter für Blumenthal bei der Polizei Bremen

## Tagesordnung:

1. (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (19:05 Uhr) Mitteilungen
  - a. aus dem Ortsamt
  - b. des Beiratssprechers
3. (19:10 Uhr) Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
4. (19:15 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
  - a. Bürgerantrag: Störfallverordnung / Aufgaben des Ortsamtes
  - b. Bürgerantrag: „Projektübersichtsplan zur Kontaminationsbearbeitung im Tanklager Bremen-Farge“
  - c. Bürgerantrag: Verkehrsregelung Farger Feld
5. (19:25 Uhr) Busverkehr auf der Turnerstraße  
dazu: Michael Rode (Angebotsplaner BSAG)
6. (20:10 Uhr) Sachstandsbericht Quartiersentwicklung  
dazu: Carola Schulz, Quartiersmanagerin
7. (20:30 Uhr) Anfragen und Anträge der Parteien
  - a. Bündnis90/Die Grünen – Antrag: DB und NWB: Bremen korrekt abkürzen
  - b. Bündnis90/Die Grünen – Antrag: Überprüfung der Fahrgastnutzung von Gelenkbussen seitens der BSAG im Streckennetz Turnerstr./Buschdeel und Alternativen
  - c. Die Linke – Anfrage zur ärztlichen Versorgung in Blumenthal
  - d. SPD – Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen
9. (21.00 Uhr) Verschiedenes

### TOP 1: Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung

Herr Nowack begrüßt die Anwesenden und stellt die Tagesordnung vor.

Anschließend wird über die Tagesordnung abgestimmt.

Ergebnis: 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen.

Die Tagesordnung ist damit genehmigt.

### TOP 2: Mitteilungen

#### a. aus dem Ortsamt

#### b. des Beiratssprechers

a. Herr Nowack gibt folgendes bekannt:

- Am Vormittag des 26. Juni besuchten Vertreter des Kinderschutzbundes Blumenthal Sie suchen noch ehrenamtliche Helfer.
- Am Nachmittag besuchte Bausenator Dr. Lohse die Baustelle der Turnerstraße und suchte anschließend noch das Gespräch mit den Vertretern der Interessengemeinschaft.

- Am 09. Juli fand ein Gespräch mit HanseWasser und dem ASV statt, an dem auch Herr Geis teilgenommen hat. Es ging um ein neues Beteiligungsverfahren für die Anwohner, wenn längere Kanaleinheiten saniert werden müssen.
- Die Firma NEHLEN bietet in einer Stadtteilinitiative die Möglichkeit, dass man bis zu 900,00 € für ein soziales und ökologisches Projekt bekommen kann. Details sind auf der Homepage zu finden.

b. Herr Geis teilt die Themen des letzten Arbeitskreises Bremen-Nord mit Herrn Bürgermeister Böhrnsen mit.

- Das Industriegebiet auf dem ehemaligen BWK-Gelände liegt gut im Rennen. Die Vermarktung der brachliegenden Grundstücke läuft an (Arkaden, Sortiergebäude)
- Vorschlag in das alte Rathaus in Blumenthal zukünftig als KITA zu nutzen wurde besprochen
- Dewers-Gelände: Einige Interessenten haben nach Abgabeschluss wieder abgesagt. Ein Bremer Investor hat sein Angebot aufrechterhalten und besitzt gute Aussichten den Zuschlag zu bekommen.

### TOP 3: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

Herr Nowack sammelt zuerst die Fragen aus dem Beirat:

Herr Schwarz:

- Ihm wäre zu Ohren gekommen, dass in Blumenthal ein Asylantenheim geplant sei. Was sei an diesen Gerüchten dran.
- Wie ist der Sachstand der Veränderungssperre des Bauplans 922 und wieso seien noch keine weiteren Schritte bezüglich des Nahversorgungskonzeptes geschehen. Außerdem würden vor dem Gebäude „Lüssumer Str. 105“ sehr viele DHL Autos stehen.
- In Farge/Rekum würde das Straßenbegleitgrün in Nebenstraßen nicht mehr gemäht werden.

Frau Krohne:

- Sind die Antworten zu den Anfragen „Herzinfarktpatienten“ und „Schlaganfallpatienten“ bereits eingegangen?
- Wieso sei den Beiratsmitgliedern das Verkehrsgutachten noch nicht zur Verfügung gestellt worden?
- Das Straßenbegleitgrün auf dem Marktplatz sei bereits wieder relativ hoch und müsse wieder gemäht werden.
- Auf dem neuen Bolzplatz sei ein schwarzes Granulat verteilt worden. Sie habe die Bedenken, dass dies eventuell umweltschädlich sei oder Vögel es mit Futter verwechseln könnten.

Herr Schurr:

- Bittet um den Austausch von veralteten Dokumenten auf der Homepage (Bspw. Geschäftsordnung)
- Er habe zum wiederholten Male Probleme mit der BOB-Karte der BSAG gehabt. So konnte er keine Tickets kaufen, da auf den Automaten Störungsmeldungen erschienen seien. Daher bittet er bei der BSAG nachzufragen, wie die Störungen gemeldet werden, damit sie behoben werden können.
- Warum sei für das Blumenthaler Sommerfest kein Antrag auf Globalmittel gestellt worden.

Herr Nowack nimmt zu den gestellten Fragen Stellung.

- Über den Plan, dass in Blumenthal möglicherweise ein Flüchtlingsheim eröffnet werden solle, habe er auch nur durch Zufall erfahren und daraufhin direkt bei der senatorischen Behörde nachgefragt. Diese haben ihm die laufende Suche bestätigt und zugesagt, neue Details unverzüglich weiterzugeben.  
Über diese Sachlage habe er den Beirat am 23.06.2014 informiert. Bisher würden noch keine weiteren Informationen von Seiten der Sozialbehörde vorliegen.
- Was genau in der Lüssumer Str. 105 nun sei, wisse er auch nicht. Er vermute aber, dass dort eine Paket-Sortierstelle der DHL eingerichtet worden sei. Denn trotz der noch geltenden Veränderungssperre seien Ausnahmen zulässig. Über diese hätte das Bauamt Bremen-Nord zu entscheiden. Der aktuelle Eigentümer der Immobilie habe jedoch noch keinen Antrag auf Nutzungsänderung gestellt und das Bauamt habe ihm wohl eine Frist gesetzt.

Herr Schwarz möchte noch wissen, ob das Bauamt gegen die dortige Nutzung vorgehen würde und welche Objekte für ein mögliches Flüchtlingsheim in Betracht kommen würden.

Herr Nowack erklärt, dass Soziales versprochen habe den Beirat frühzeitig über in Frage kommende Standorte zu informieren. Zum Objekt „Lüssumer Str. 105“ könne er nur sagen, dass ihm mitgeteilt wurde, dass dem Eigentümer eine letzte Frist gesetzt worden sei. Sollte er bis dahin keinen Antrag auf Nutzungsänderung gestellt haben, würde das Gewerbe in der Immobilie untersagt werden.

Der Ortsamtleiter beantwortet die gestellten Fragen weiter:

- Die Antworten zu den Anfragen „Herzinfarktpatienten“ und „Schlaganfallpatienten“ seien noch nicht eingegangen.
- Das Verkehrsgutachten werde aktuell in der senatorischen Behörde geprüft und ausgewertet. Wenn dies abgeschlossen sei würde es dem Beirat von einem Vertreter vorgestellt. Dieser könne dann auch auf etwaige Nachfragen oder Anmerkungen eingehen und Stellung nehmen. Auf diesen Prozess und dessen Dauer habe er als Ortsamtsleiter keinen Einfluss. Auch er als Ortsamtsleiter habe das Gutachten noch nicht gesehen oder irgendeine Rückmeldung aus der Behörde bekommen.
- Das Thema Straßenbegleitgrün werde er weiter verfolgen. Ferner teilt Herr Nowack mit, dass Herr Blohm ihm in einem Gespräch über das knappe Budget berichtet habe. Daher könne wohl auch keine Herbstpflanzung von Blumen durchgeführt werden.
- Das Granulat des Bolzplatzes sei aus Naturkautschuk und völlig umweltfreundlich. Außerdem könne er sich nicht vorstellen, dass Vögel dieses essen würden.
- Die Überprüfung der Homepage sowie die Weiterleitung der Frage bezüglich der Störmeldungen bei BOB-Tickets sagt er zu.
- Für das Sommerfest habe kein Globalmittelantrag vorgelegen, weshalb könne Frau Schulz unter TOP 6 kurz erläutern.

#### **TOP 4: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung**

- a. Bürgerantrag: Störfallverordnung / Aufgaben des Ortsamtes**
- b. Bürgerantrag: Projektübersichtsplan zur Kontaminationsbearbeitung im Tanklager Farge**
- c. Bürgerantrag: Verkehrsregelung Farger Feld**
- d. Bürgerantrag: Transport von Kohle zum Kraftwerk Farge auf der Schiene einstellen**

##### a. Bürgerantrag: Störfallverordnung / Aufgaben des Ortsamtes

Herr Nowack erläutert, dass der Antrag im Koordinierungsausschuss besprochen worden sei und nun ohne weitere Diskussion zur Abstimmung gestellt werde.

Ergebnis: 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen. Der Antrag ist damit angenommen

b. Bürgerantrag: Projektübersichtsplan zur Kontaminationsbearbeitung im Tanklager Farge

Herr Nowack erklärt, dass dieser Bürgerantrag ebenfalls im KO vorbesprochen und ihm dort zugestimmt worden sei. Er sei daraufhin bereits weitergeleitet worden.

c. Bürgerantrag: Verkehrsregelung Farger Feld

Frau Krohne möchte vor einer Abstimmung gerne die fachliche Meinung von Herrn Meins zu diesem Thema hören.

Herr Meins teilt mit, dass er bereits ein Gespräch mit dem Antragsteller geführt habe und aus Sicht der Polizei keine Bedenken bestehen würden.

Ergebnis: 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen. Der Antrag ist damit angenommen.

Bürger A stellt seinen vor der Sitzung eingereichten Bürgerantrag zum Thema „*Videüberwachung des Bolzplatzes auf der Bahrspalte durch die Bürgerstiftung Blumenthal*“ vor.

Herr Nowack schlägt vor, dass der Antrag in der nächsten Sitzung behandelt werden sollte, damit der Beirat sich Gedanken über die Beantwortung der Fragen machen könne. Dies wird seitens des Beirats unterstützt.

Der Antrag wird damit in das übliche Verfahren eingereicht.

Bürgerin B verliest ihren Bürgerantrag mit dem Inhalt „*Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in der Farger Straße - im Teilstück zwischen der Straße „An der Amtsweide“ und B74*“ und bittet um eine positive Entscheidung.

Herr Schwarz spricht für eine Befürwortung des Antrags aus, da ihm die Problematik bekannt sei.

Herr Meins teilt mit, dass die Polizei an der betroffenen Stelle bereits eine Verkehrszählung, inklusive Ermittlung der Anzahl von Geschwindigkeitsverstößen, durchgeführt werde.

Herr Nowack stellt den Antrag zur Abstimmung.

Ergebnis: 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen. Der Antrag ist damit angenommen.

Bürgerin C möchte, dass sich der Beirat und der Ortsamtsleiter dafür stark machen, dass Blumenthal wieder ein Hauptpostamt bekomme.

Der OAL verspricht, dass er sich umzuhören und diesen Wunsch weiter geben werde.

**TOP 5: Busverkehr auf der Turnerstraße**

*dazu: Herr Michael Rode, Angebotsplaner BSAG*

Herr Nowack begrüßt Herrn Rode, stellt ihn kurz vor und übergibt ihm das Wort.

Herr Rode erklärt, dass er heute Abend hier sei um mit ein paar Zahlen aufzuräumen, die häufiger in einem falschen Kontext genutzt werden würden und in diesem teilweise auch in Presseberichten aufgetaucht seien.

Beginnen möchte Herr Rode mit einem Schreiben der IG Turnerstraße an das Ortsamt in dem behauptet werde, dass sich die Belastung der Anwohner durch die Hinzunahme einer dritten Buslinie (Nr. 91) weiter verschlechtert hätte. Außerdem würde man sich eine Reduzierung auf zwei Buslinien wünschen. Hierzu stellt er klar, dass es an sich erstmal egal sei, wie viele Buslinien dort fahren würden. Wichtig sei der Takt in dem sie verkehren

würden. Den bei ihm sei der Vorwurf immer so angekommen, dass die BSAG immer mehr Busse durch die Turnerstraße fahren lassen würde. Deshalb habe er nachgeschaut wie die Zahlen in den letzten Jahren gewesen seien und welche Veränderungen es gegeben hätte. Demnach fuhren die Busse in Bremen-Nord bis Ende 2002 noch in einem 7,5 Minuten-Takt. 2003 sei auf Veränderungen reagiert worden und der 10 Minuten-Takt eingeführt worden. Dies hätte eine Reduzierung von 8 auf 6 Fahrten die Stunde zur Folge gehabt. Mit der Einführung der S-Bahn im Jahre 2011 sei das Busnetz in Bremen-Nord angepasst und die Fahrten aufeinander abgestimmt worden. In diesem Zuge sei auch der 15 Minuten-Takt eingeführt worden, sodass auf der Turnerstraße zu Beginn des Jahres 2012 zwei Buslinien im 30 Minutentakt verkehrt hätten. Somit seien damals 4-Fahrten pro Stunde bzw. 8 Fahrten pro Stunde in beide Richtungen auf der Turnerstraße unterwegs gewesen. Später sei die Linie 91 noch über die Turnerstraße geführt worden, damit Lüssum/Rönnebeck besser an das Einkaufszentrum „Müllerloch“ angebunden werden konnte. Diese Buslinie sei mittlerweile sogar die Erfolgreichste. Durch die Hinzunahme einer Linie sei man aktuell wieder auf dem Stand von 2011 (6 Fahrten pro Stunde / 3 Linien je im 30 Minuten-Takt).

In einem Artikel der Norddeutschen vom 27.06.2014 sei die Zahl 1100 als Fahrgäste, die von Montag bis Freitag in der Turnerstraße ein- und aussteigen würden, angegeben. Diese Zahl sei falsch, da sie nicht von der BSAG kommen würde. Er könne sich vorstellen, dass diese Zahl falsch verwendet wurde, da in der Woche 1171 Busse durch die Turnerstraße fahren. Herr Rode erklärt auch, dass jede der drei Buslinien eine andere Aufgabe habe und könne nicht einfach so gestrichen werden.

Ferner führt Herr Rode an, dass die Interessengemeinschaft bei Ihrer Fahrgastzählung einige Dinge nicht bedacht hätte, so sei die Turnerstraße aktuell im Bau. Darüber hinaus sei der Winter für Fahrgastzählungen die maßgebende Jahreszeit, da dann erfahrungsgemäß mehr Personen mit dem Bus fahren würden. Außerdem würden an anderen Tageszeiten eine größere Anzahl von Fahrgästen die Busse nutzen, so Schulkinder bei Schulbeginn und –schluss oder berufstätige, die öffentliche Verkehrsmittel nutzen. Es müssten daher Durchschnittswerte ermittelt werden. Zu der Forderung keine Gelenkbusse mehr zu nutzen erläutert er, dass sie aktuell notwendig seien, da die Busse der Linien 91, 92, 96 und 97 am Buschdeel „umlaufverknüpft“ seien und die jeweiligen Busse ihre Linie wechseln würden. Somit könne es vorkommen, dass ein Bus als Linie 91 oder 92 nach Gröpelingen fahren müsse und auf dieser Strecke erhebliche mehr Fahrgäste befördere. Es seien teilweise über 50 Personen im Bus, wodurch Gelenkbusse unverzichtbar seien. Er bietet aber an, dass nach dem Abschluss des Bauvorhabens geprüft werden könne, ob der Einsatz von 2-achsigen Bussen möglich sei. In diesem Szenario wären nur noch die Linien 96 und 97 miteinander verknüpft.

Herr Rode verdeutlicht aber ebenfalls, dass es sich um keine Zusage seitens der BSAG handeln würde.

Des Weiteren habe man sich Gedanken gemacht, ob es ausreichen würde zukünftig 2 Linien in je einem 30 Minuten-Takt fahren zu lassen, sodass man bei 4 Fahrten pro Stunde sei. Dies sei theoretisch möglich, jedoch müssten die Busse irgendwo wenden und daher brauche man alle jetzigen Buslinien bis zum Neuenkirchener Weg. Sollte es dort eine Wendestelle geben, könnte man eine Linie an dieser Haltestelle enden lassen. Da es eine solche Wendestelle nicht gebe müssten alle Busse bis zum Buschdeel fahren.

Bürger D teilt die Ergebnisse der Verkehrszählung mit und bestätigt die Zahl der täglichen Fahrten durch die Turnerstraße. Ihnen sei es nur unverständlich weshalb zwei Gelenkbusse, die häufig nur mit 2-3 Fahrgästen belegt seien, fast direkt hintereinander durch die Straße fahren würden. Bürger D erklärt ferner, dass die Zahl 1100 wöchentliche Fahrgäste pro Woche an der Turnerstraße aus dem Antwortschreiben von Herrn Polzin aus dem Hause des Verkehrssenators stammen würde. In dem Gespräch habe der Senator dann angegeben, dass die Zahl von der BSAG ermittelt worden sei. Die Zahl sei niemals von der Interessengemeinschaft geäußert worden. Diese Zahl würde die IG anzweifeln.

Herr Rode gibt ihm hierbei recht und teilt mit, dass die Zahl nicht stimmen würde.

Bürger D rechnet vor, dass durch die 1771 Fahrten wöchentlich 18.000 Tonnen Gewicht über die Straße rollen würden. Dadurch sei klar, wer die Straßenschäden verursacht hätte. Dies sei besonders schlimm, da bei der Verkehrszählung nur eine Auslastung der Busse von ca. 2,5 Prozent ermittelt worden sei. Für die IG sei fraglich, ob das ganze Projekt überhaupt wirtschaftlich sei. Die Aussage, dass die Verkehrszählung nicht korrekt sei wolle er nicht so stehen lassen, denn Personen, die am Buschdeel austeigen würden, seien mit Sicherheit keine Anwohner der Turnerstraße sondern Farger, die die Zählung verfälscht hätten. Wenn es ein ernsthaftes Interesse geben würde über das Thema zu diskutieren solle man alle Beteiligten an einen runden Tisch holen und auf Augenhöhe miteinander reden.

Herr Rode erklärt, dass er der Argumentation von Bürger D nicht ganz Folgen könne. Herrn Rode stimmt zu, dass die Personen, die am Buschdeel austeigen, keine Anwohner der Turnerstraße seien. Es seien nämlich größtenteils Schüler. Der Wende- und Umsteigeplatz Buschdeel sei gebaut worden, damit die Schüler nicht den Bahnhof Blumenthal „verstopfen“ würden. Außerdem habe man so einen Netzschluss geschaffen und es sei möglich in die Linie 90 in Richtung Farge umzusteigen. Da die Haltestelle „Buschdeel“ aktuell aber nicht angefahren werde, würde eine Zählung keiner Prüfung standhalten.

Bürgerin E sagt, dass die Kinder aus Farge nicht mit Bus sondern mit Fahrrad zur Schule fahren würden. Man möchte nicht, dass die Buslinie eingestellt werde. Es könne jedoch nicht angehen, dass die BSAG sagen würde, das gehe sie alles nichts an. Die Anwohner müssten nämlich unter den vorbeifahrenden Bussen leiden. Hier seien immer wieder Zahlen vorgelegt worden, die nicht stimmen würden. Sie finde es schlimm, dass Personen ihre Häuser verkaufen müssten, damit die BSAG eine tolle Straße bekommen könne.

Herr Rode weist den Vorwurf zurück, dass die BSAG mit falschen Zahlen operieren würde. Die Zahlen, die im Raum stehen, seien nicht falsch, würden jedoch im falschen Kontext verwendet. Schüler würden im Sommer natürlich eher mit dem Rad fahren, dafür jedoch im Winter vermehrt Busse nutzen. Im Winter werde generell mehr Bus gefahren. Zu den Hausverkäufen könne er nichts sagen. Er könne verstehen, dass die Bürger über die zu zahlenden Anliegerbeiträge nicht glücklich seien. Außerdem würden doch alle Menschen von A nach B kommen wollen. Sollten nun alle Personen in der Turnerstraße aussteigen, damit diese nicht belastet wird. Das würde nun mal nicht gehen. Herr Rode erklärt, dass er die Argumentation nicht verstehen würde.

Bürger D sagt, dass Herr Rode der falsche Ansprechpartner sei und nirgendwo vereinbart worden sei, dass er die Zahlen zeigen solle. Die IG habe darüber hinaus auch nie gesagt, dass die Buslinien eingestellt werden sollen. Er vermutet hinter der Einladung wieder einmal einen taktischen Schachzug des Ortsamtsleiters.

Herr Nowack fordert Bürger D auf Unterstellungen seien zu lassen sowie den Anstand zu wahren.

Bürgerin E fragt, ob Herr Nowack den Anstand gewahrt habe, als er bei der Verkehrszählung vorzeitig gegangen sei. Bürger D ergänzt, ob der der Anstand gewahrt gewesen sei, als Herr Nowack ihn geschlagen habe.

Herr Nowack entzieht Bürger D das Wort.

Frau Kröger-Schurr fragt, wo denn aktuell gewendet werde.

Herr Rode teilt mit, dass während der ersten Bauphase auf dem Betriebshof gewendet werde.

Bürger F bestätigt, dass im Sommer ein Großteil der Schüler mit dem Fahrrad zur Schule fahren würde. Außerdem plädiert er dafür, dass Kosten für den Straßenbau nicht auf die Anwohner abgewälzt werden sollten. Es sei traurig, das deshalb Bürger ihr Haus verkaufen müssten.

## **Top 6: Sachstandsbericht Quartiersentwicklung**

*dazu: Frau Carola Schulz, Quartiersmanagerin*

Frau Schulz erläutert zu Beginn, dass sie drei größere Punkte habe über die sie berichten wolle. So seien seit Juni Räume für ein Quartierstreff angemietet. Adresse des neuen Treffs sei Kapitän-Dallmann-Str. 18. Sie könne die Räume jedoch nicht selber anmieten, daher habe sie Herrn Nowack angesprochen, ob eventuell der Förderverein Bürgerstiftung Blumenthal die Trägerschaft übernehmen könne. Der Vorstand des Vereins habe zugestimmt und auch die Sozialbehörde keine Einwände geäußert. In den letzten Wochen seien die Räume renoviert und teilweise umgebaut worden. In den nächsten Tagen werden die Arbeiten wahrscheinlich so gut wie abgeschlossen worden sein und der Betrieb könne nun langsam beginnen. Demnächst werde auch sie ihr Büro dort haben, aktuell sitze sie aber noch im DOKU. Für August sei die offizielle Eröffnung geplant.

Am 1. Juli habe darüber hinaus die 2. Quartiersratsitzung stattgefunden, in der es erste Rückmeldungen über gut verlaufende Projekte (temporäre Spielstraße, Kunstprojekt des „Freizi“ Farge und das selbstorganisierte Fußball Turnier von Blumenthaler Jugendlichen) aus der 1. Sitzung des Quartiersrates geben habe. Außerdem seien für das Blumenthaler Sommerfest 1500 € aus den WIN-Mitteln vergeben worden. Aus diesem Grund sei auch kein Globalmittelantrag zu dem Projekt beim Ortsamt gestellt worden.

Abschließend berichtet Frau Schulz von einem Arbeitsgespräch mit Vertreterinnen der KITAs im Quartier und Vertretern der regierenden Parteien zum Thema Versorgung mit U3-Betreuungsplätzen. Hier sei man zu einem guten Ergebnis gekommen und die Parteien hätten zugesagt in den Druck in der Bürgerschaft zu erhöhen, dass neue Plätze in Blumenthal geschaffen werden sollen.

Herr Schwarz möchte wissen in welchen Bereichen bzw. welche Probleme Frau Schulz noch im Quartier sehe.

Frau Schulz erkläre, dass dies nicht so einfach sei, jedoch die Betreuung von jungen Mädchen verbessert werden müsse. Es würde beispielsweise ein Raum benötigt, indem sie sich ungestört treffen und aufhalten könnten.

Herr Thormeier möchte daraufhin wissen, ob es für sie den grundsätzlich möglich wäre so ein „Mädchenhaus“ einzurichten

Frau Schulz erwidert, dass sie sicher versuchen könne einen Träger für ein solches Projekt zu finden, alleine sei das jedoch kaum möglich. Der Quartierstreff könne aber hierfür möglicherweise für einen Tag der Woche zur Verfügung gestellt werden, ansonsten müssten aber auch andere Träger aktiv werden.

Frau Krohne fragt nach, warum im Quartierstreff Stühle aus dem Sitzungsaal des Rathauses stehen würden und ob die Renovierungen durch WIN-Mittel finanziert worden seien.

Herr Nowack erklärt dazu, dass er Frau Schulz die Stühle geliehen habe, weil Sie aktuell im Ortsamt nicht benötigt werden würden, da keine öffentliche Sitzungen in dem nicht barrierefreien Sitzungsaal stattfinden dürften. Für nicht öffentliche Sitzungen seien aber noch ausreichend Stühle vorhanden. Für die Renovierungskosten seien extra Investitionsmittel durch die Sozialbehörde bereitgestellt worden.



Bürger F teilt mit, dass er aus eigener Erfahrung berichten könne, dass der Spielenachmittag in der George-Albrecht-Str. sehr gut besucht werden würde. Weiter fände er es schön, wenn man noch Kinder ohne Migrationshintergrund motivieren könnte dort mitzuspielen.

#### **TOP 7: Anfragen und Anträge der Parteien**

- a. Bündnis90/Die Grünen – Antrag: DB und NWB: Bremen korrekt abkürzen**
- b. Bündnis90/Die Grünen – Antrag: Überprüfung der Fahrgastnutzung von Gelenkbussen seitens der BSAG im Streckennetz Turnerstr./Buschdeel und Alternativen**
- c. Die Linke – Anfrage zur ärztlichen Versorgung in Blumenthal**
- d. SPD – Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen**

Herr Nowack erläutert, dass der Dringlichkeitsantrag der Grünen nicht zugelassen werde, da der Antrag nicht vor Sitzungsbeginn eingereicht worden sei. Anträge könnten während einer Sitzung nur zu Themen gestellt werden, die in dieser Sitzung besprochen worden seien. Über das Thema „Videoüberwachung Bolzplatz“ sei nicht diskutiert worden, weshalb Anträge zu diesem Thema nicht berücksichtigt werden könnten.

#### a. Bündnis90/Die Grünen – Antrag: DB und NWB: Bremen korrekt abkürzen

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.  
Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 7Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen.  
Der Antrag ist damit abgelehnt.

#### b. Bündnis90/Die Grünen – Antrag: Überprüfung der Fahrgastnutzung von Gelenkbussen seitens der BSAG im Streckennetz Turnerstr./Buschdeel und Alternativen

Ergebnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltung.  
Dem Antrag wird damit zugestimmt.

#### c. Die Linke – Anfrage zur ärztlichen Versorgung in Blumenthal

Herr Nowack erklärt, dass es zu der Anfrage einen Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion gebe. Dieser sei an die Beiratsmitglieder vor der Sitzung verteilt worden.

Herr Schurr erklärt, dass Anfragen von Parteien zu Sachthemen laut § 10 Abs. 10 der Geschäftsordnung unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen durch den Ortsamtsleiter“ behandelt werden sollen. Daher könne die Ergänzung nicht zusammen mit der Anfrage der Linken behandelt werden. Herr Schurr stellt aus diesem Grund einen Antrag zur Geschäftsordnung und bittet um und bittet um eine getrennte Beratung der Anfrage und des Antrages der SPD-Fraktion.

Herr Thormeier möchte wissen, ob es sich um eine Anfrage oder einen Antrag handle, da bei einem Antrag auch noch über die Dringlichkeit abgestimmt werden müsse.  
Frau Krohne sieht in dem Antrag keine Ergänzung und plädiert darauf, dass die Anfrage der Linken und der SPD-Antrag getrennt zu behandeln seien.  
Diesem Wunsch stimmt der Beirat zu. Somit wird über Anfrage und Antrag getrennt entschieden.

Herr Christahl fragt Frau Krohne warum Sie sich nicht direkt an die Kassenärztliche Vereinigung Bremen (KAV) gewandt habe und stattdessen eine Anfrage im Beirat stelle. Außerdem seien viele der Informationen auch bereits auf deren Homepage verfügbar. So gebe es in Bremen-Nord 16 hausärztliche Praxen.

Herr Schwarz plädiert dafür, dass die Anfrage an die KAV adressiert werde.

Frau Krohne erklärt, dass ihr nur die Antworten wichtig seien und stimme einer Änderung des Adressaten zu. Ferner gehe es in Ihrer Anfrage nur um den aktuellen IST-Zustand. Herr Nowack stellt den Antrag mit dem geänderten Adressaten zur Abstimmung (KAV anstatt Senator für Gesundheit)

Herr Christahl schlägt vor, dass der Beirat sich über die Frage warum so wenig junge Ärzte aufs Land ziehen Gedanken machen solle.

Frau Kröger-Schurr fragt nach, an wen der SPD-Antrag gerichtet sei.

Herr Nowack erklärt, dass der Antrag noch nicht aufgerufen sei, da Frau Krohne um eine getrennte Beratung gebeten habe.

Ergebnis: 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.  
Dem Antrag wird damit zugestimmt.

#### e. SPD-Dringlichkeitsantrag zur Umsetzung der hausärztlichen Versorgung in Bremen

Der OAL lässt über die Dringlichkeit des Antrags abstimmen.

Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen.

Die Dringlichkeit ist damit beschlossen

Frau Kröger-Schurr fragt nach, wer der Empfänger des Antrages sein soll.

Frau Krohne bemängelt, dass sich ihr der Inhalt und das Ziel des Antrags nicht ganz erschließen würde. Sie fragt nach, ob es um die Verbesserung der Situation ginge und bittet für die Zukunft um eine eindeutiger Formulierung der Anträge.

Frau Kröger-Schurr bittet, dass der Verfasser des Antrags die Absichten klarstellen möge, die er mit diesem Antrag verfolge.

Herr Geis stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und bittet um Ende der Debatte.

Frau Krohne spricht dagegen.

Herr Nowack stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung

Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, 2 Personen geben keine Stimme ab. Der Antrag wird somit angenommen.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Dem Antrag wird damit zugestimmt.

#### d. SPD – Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen

Herr Nowack ruft den TOP auf und lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung. Die Dringlichkeit ist damit festgestellt und der Antrag wird beraten.

Herr Schurr erklärt, dass er verwundert sei warum diese Konflikte durch die SPD geschürt werden würden, indem Sie keine Veranstaltungen der Bürgerinitiative besuchten bzw. keine Gespräche führen würden. Außerdem würde die BI nach den Informationen der Grünen-Fraktion ein Gespräch in der Form, wie es in dem Antrag gefordert werde, ablehnen.

Des Weiteren sei es nach den Statuten des Beiratgesetzes aktuell nicht möglich eine Arbeitsgruppe in der im Antrag gewünschten Form zu gründen. Einzige Möglichkeit sei die Gründung eines Ausschusses. Dieser müsse in der Geschäftsordnung verankert werden und öffentlich tagen.

Außerdem habe der Bürger das Recht einen Bürgerantrag zu stellen, ohne vorher mit Beiratsmitgliedern über Formulierungen diskutieren zu müssen.

Frau Kröger-Schurr verweist auf die Pressemitteilung der Fraktion und verdeutlicht noch einmal, dass die Grünen für Transparenz stehen und „Gemunkel im Hinterzimmer“ strikt ablehnen würden.

Herr Thormeier erklärt, dass die CDU-Fraktion die Idee grundsätzlich nicht verkehrt fände und Sie sich für die Gründung eines Gremiums aussprechen würden, in dem sich Beirat und Bürgerinitiative austauschen können. Dies könne in Form eines nichtständigen Ausschusses geschehen. Ferner solle die Passage: „Bürgeranträge formulieren und optimieren“ gestrichen werden.

Abschließend plädiert er dafür, dass man zusammen an einem Strang ziehen solle.

Frau Krohne ist der Meinung, dass die BI genügend öffentliche Treffen anbieten würde, an denen auch alle Beiratsmitglieder teilnehmen könnten. Eine nichtöffentliche Sitzung sei für Sie auf keinen Fall denkbar. Ferner sei auch ein Ausschuss aus ihrer Sicht nicht das richtige Mittel. Außer der Wunsch einen Ausschuss einzurichten kommt aus der BI selbst, in dem Fall würde Sie sich überzeugen lassen.

Herr Geis erklärt, dass ihn die Situation gerade etwas verblüffen würde. Denn er habe zum einen gesehen, wie die Grünen vor der Sitzung mit der Bürgerinitiative gesprochen hätten zum anderen gebe es eine riesige Presseerklärung. Weiter verweist er auf ein Gespräch mit der BI aus deren Runde dieser Wunsch entwickelt wurde. Sollte dies nicht der Fall sein, fordert Herr Geis einen Vertreter der Bürgerinitiative auf, dass er dies nun mitteilen und gegenteiliges davon erklären möge. Weiter teilt Herr Geis mit, dass der Gedanke hinter dem Antrag gewesen sei, dass Vertreter der Tanklager Initiative mit Vertretern der Beiratsfraktionen gewisse technisch anspruchsvolle Anträge beraten und so aufbereiten können, dass sie für den Beirat und dem Bürger verständlich seien. Er könne sich nämlich nicht vorstellen, dass der Bürger, der die Sitzungen besuche um etwas über sein Häuschen zu erfahren, Lust habe sich ständig die Zankereien anzuhören. Dies sei der Hintergrund gewesen und ob die Sitzungen nun öffentlich oder nicht-öffentlich stattfinden sei eine Sache des Beirats über die er entscheiden könne. Herr Geis hält das Thema Tanklager für so wichtig, dass sich der Beirat und die Bürgerinitiative nicht mit solchen Geplänkeln aufhalten sollten.

Herr Schwarz möchte zurück zur eigentlichen Sache kommen. Er sehe die Problematik darin, dass die BI sehr gute Vorarbeit leisten würde, die technischen Details und Fragen seien jedoch teilweise schwer nachzuvollziehen. Die Gründung eines Ausschusses in dem die Vertreter der Bürgerinitiative als „sachkundige Bürger“ Mitglied wären halte er für eine gute Idee, da man in diesem Kreis besser über schwierige Themen diskutieren und so mehr erreichen könne.

Herr Schwarz beantragt, den nichtöffentlichen Arbeitskreis durch einen nicht ständigen Ausschuss zu ersetzen.

Herr Nowack schlägt vor dass, in einem solchen Ausschuss jede Partei ein Mitglied stelle und dazu drei Vertreter der BI als sachkundige Bürger in den Ausschuss gewählt werden würden.

Herr Schurr widerspricht dem OAL und erklärt, dass nur Bürger die auch in den Beirat wählbar sind als „sachkundige Bürger“ gewählt werden könnten (§ 23 Abs. 4 OBG).

Herr Nowack erklärt, dass alle Personen, die zum Zeitpunkt der letztens Beiratswahl mindestens drei Monate in Blumenthal gewohnt hätten, volljährig gewesen seien und nicht das passive Wahlrecht entzogen worden sei, für den Beirat Blumenthal wählbar seien und somit auch als sachkundige Bürger für einen Ausschuss in Frage kämen.

Herr Schurr ist hier andere Auffassung.

Frau Krohne würde gerne die Meinung der Bürgerinitiative hören.

Auch Herr Thormeier fragt nach was die Bürgerinitiative überhaupt möchte.

Herr Schwarz bittet den OAL von Herrn Kammeyer eine kurze Bestätigung einzuholen, inwieweit die Vertreter der BI als sachkundige Bürger in einen möglichen Ausschuss wählbar seien.

Herr Geis erklärt, dass Herr Kammeyer bei der Besprechung im Ortsamt dabei gewesen sei und dort die Möglichkeit, dass BI-Vertreter in einen Ausschuss wählbar seien bejaht hätte.

Herr Schupp fordert ein Ende der Debatte.

Herr Schurr widerspricht dem.

Herr Nowack stellt den Antrag auf Ende der Debatte zur Abstimmung

Mit 8 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung wird der Antrag auf Ende der Debatte angenommen.

Herr Nowack stellt den Antrag zur Abstimmung.

Ergebnis: 6 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 2 Enthaltung.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

### **TOP 8: Verschiedenes**

Herr Nowack gibt folgende Termine bekannt:

- 17.07.2014, 18.00 Uhr: „Marktplatz für gute Geschäfte“ im Gemeindezentrum Neuenkirchener Weg.
- 25.07.2014, 15.00 Uhr: Stadtteilstadt auf dem Schillerplatz
- 26.07.2014, 11.00 Uhr: Jubiläum Haus der Zukunft in der Lüssumer Heide
- 28.07.2014, 18.30 Uhr: Ausschuss für Bildung, Kinder- und Jugendangelegenheiten zur Planung der Schule und Diskussion über einen Jugendbeirat.
- 05.08. 2014, 14.00 Uhr: – Eröffnung der Ausstellung „Die BWK zur Zeit des Nationalsozialismus“ mit Bürgerschaftspräsident Christian Weber
- 15.09.2014, 19.00 Uhr: erste öffentliche Sitzung des Beirats Blumenthal nach der parlamentarischen Sommerpause im SZ Eggestedter Straße mit dem Thema „Masterplan Tanklager“

Herr Nowack schließt die Sitzung um 21.35 Uhr.

gez. Nowack

\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

gez. Geis

\_\_\_\_\_  
Beirat (Herr Geis)

gez. Wolpmann

\_\_\_\_\_  
Protokoll